

Beschluss des Landrats vom 29.11.2018

Nr. 2361

10. Petition der Kantonalen Stufenkonferenz Primarschule zum Landratsentscheid über die nichtformulierte Gesetzesinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenkonzept»
2018/653; Protokoll: md, mf

Kommissionspräsident **Christoph Hänggi** (SP) führt aus, dass die Petition von der Kantonalen Stufenkonferenz Primarschule (PLK) eingereicht worden sei. Die Petentinnen und Petenten wenden sich mit acht Forderungen an den Landrat: Erstens sollen die Lehrmittel «Mille feuilles», in überarbeiteter Version, und «New World» sowie die damit verbundene Didaktik weiterhin ungehindert als Hauptlehrmittel eingesetzt werden können. Verpflichtungen durch die Sekundarstufe in Form von «Umsetzungshilfen», Wörter- und Grammatiklisten soll es keine geben. Zweitens sollen keine Lehrmittelverbote ausgesprochen werden. Drittens soll der Lehrplan bis zur Auswertung des Projekts «Passepartout» unangetastet bleiben. Viertens soll der Landrat der Tatsache Rechnung tragen, dass 66 % der Lehrpersonen auf Primarstufe keinen Austritt aus «Passepartout» wollen. Fünftens soll zur Kenntnis genommen werden, dass die Primarlehrpersonen mehrheitlich eine positive Einstellung zu «Passepartout», der Mehrsprachendidaktik sowie den infrage stehenden Lehrmitteln haben. Sechstens fordert die PLK, dass künftig, wenn Meinungen von Lehrpersonen in die Entscheidungen des Landrats einfließen, auch die Basis der Lehrpersonen eine Gelegenheit hat, sich zu äussern. Weiter soll siebtens, bevor weitere Arbeiten wie Lehrplananpassungen oder Erstellen von Lehrmitteln in Auftrag gegeben werden, eine Bedarfsabklärung vorgenommen werden. Und zuletzt wird achtens vom Landrat gefordert, dass in der Primarschule Ruhe einkehren und der Arbeit der Primarlehrpersonen wieder mehr Wertschätzung entgegengebracht werden solle.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Petition an der Sitzung vom 20. September 2018 beraten. Angehört wurden seitens der Petentinnen und Petenten Regina Jäkel, Françoise Kessler und Lukas Flüeler, alle Vorstandsmitglieder der Kantonalen Stufenkonferenz Primarschule (PLK). Sie haben der Kommission die Petition näher gebracht und mitgeteilt, dass die Petition an einer Delegiertenversammlung der PLK einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen sowie von den 40 anwesenden Delegierten unterzeichnet worden sei. Auf eine weitere Unterschriftensammlung wurde verzichtet, da die PLK rasch auf den Landratsentscheid zum Ausstieg aus dem Passepartout-Fremdsprachenkonzept reagieren wollte.

Der Petition liegen zwei Umfragen zugrunde, die Details dazu finden sich im Kommissionsbericht. Die Umfrageergebnissen haben dazu geführt, dass an der Delegiertenversammlung die vorliegende Petition verabschiedet wurde.

Die Kommission schätzt das Engagement der PLK und ist sich des grossen Aufwands der Umfrage unter den Primarlehrpersonen bewusst. Anlass zu Diskussionen gab aber der Wortlaut des Petitionstexts. Mehrere Kommissionsmitglieder bekundeten Mühe mit den Forderungen der Petition, die in Form von Aufgaben und Vorschriften direkt an den Landrat gerichtet sind. Die Petentinnen und Petenten hätten zwar in ihrer Präsentation einige Forderungen und Formulierungen relativiert, so ein Kommissionsmitglied, der Wortlaut der Petition sei und bleibe aber, wie er ist. Einige Forderungen könnten unterstützt werden, andere nicht.

Während die Kommissionsmehrheit der Ansicht war, dem Landrat Kenntnisnahme der Petition zu beantragen, setzte sich eine Minderheit für eine Überweisung der Petition als Postulat ein. Die Beantwortung des Postulats könnte so in die Beantwortung der Initiative und in die Diskussionen der Task Force zur Initiative einfließen. Die Stimmen der Kommissionsminderheit sind somit nicht Ausdruck einer ablehnenden Haltung gegenüber den Petitionsforderungen, sondern im Gegenteil

Stimmen für eine Überweisung der Petition als Postulat.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat entsprechend mit 7:4 Stimmen ohne Enthaltungen, die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

Paul Wenger (SVP) führt aus, dass die SVP-Fraktion die Petition geschlossen zu Kenntnis nehmen werde. Der Hauptgrund dafür sind die laufenden Arbeiten der Direktion zur Aufarbeitung und Lösungsfindung bezüglich dieser Thematik. Die Forderungen der Petition werden in die Arbeiten der Task Force und der BKSD miteinfließen, unabhängig davon, ob sie als Petition zur Kenntnis genommen oder als Postulat überwiesen werden. Dies hat die Vorsteherin der BKSD gegenüber der Kommission versichert. Zudem kann die SVP den teilweise übertriebenen, ultimativen Forderungen oder Vorschriften an den Landrat nicht zustimmen. Aus diesem Grund folgt die SVP-Fraktion dem Antrag der Kommission.

Eine Lösung ist laut **Miriam Locher** (SP) in Sicht. Die Task Force arbeitet daran; dies wird von Seiten der SP-Fraktion sehr unterstützt. Nichts desto trotz gilt es, die Petition sowie die darin enthaltenen Anliegen ernst zu nehmen. Die Primarlehrpersonen haben sich zusammen gefunden. Die Delegierten der verschiedenen Schulen haben sich die Mühe gemacht, ihre Anliegen zu formulieren. Dies muss der Landrat respektieren. Es fanden im Landrat schon unzählige Debatten über die Fremdsprachen-Thematik statt, obwohl dies nicht unbedingt der richtige Ort dafür ist. Dafür ist die Task Force zuständig. Bei diesem Thema schaukeln sich die Emotionen hoch. Alle haben eine persönliche Erfahrung damit gemacht, auch wenn diese nicht immer pädagogisch fundiert und abgestützt ist. Die Petition fordert unter anderem, dass in den Primarschulen Ruhe einkehren soll. Diese Ruhe soll ihnen der Landrat auch gönnen. Die Lehrpersonen sollen ungestört arbeiten können. Diejenigen die gut und gerne an etwas arbeiten, können es auch gut vermitteln. Davon profitieren wiederum die Schülerinnen und Schüler. Der Kompromiss wird unter der Federführung der Vorsteherin der BKSD erarbeitet. Dieser wird von der SP-Fraktion unterstützt und die Petition zur Kenntnis genommen.

Paul R. Hofer (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion die Petition zur Kenntnis nehme. Sollte ein Vorschlag eingehen, die Petition als Postulat zu überweisen, wäre die Fraktion dezidiert dagegen. Es kann nicht sein, dass noch mehr Arbeit auf die Direktion zukommt, ist sie doch gerade dabei, die Problematik zu lösen. Im Vorschlag des Regierungsrats würden nur Hauptlehrmittel genannt. Das darf nicht sein. Es sollen mehrere Lehrmittel zur Verfügung gestellt werden. Es liegt an den Lehrpersonen – welche die Lehrmittelfreiheit haben –, das von ihnen benötigte Lehrmittel auszuwählen.

Die Grüne/EVP-Fraktion nehme die Petition ebenfalls zur Kenntnis, sagt **Florence Brenzikofer** (Grüne). Sie hat Verständnis für den in der Petition geäußerten Unmut der Primarlehrpersonen. Vor acht Jahren wurde im Landrat eine umfangreiche Weiterbildung der Primarlehrpersonen gutgeheißen. Diese wurde absolviert und es wurden sehr viele Arbeitsstunden investiert. Auch heute wird noch viel Arbeit in die Umsetzung des Fremdsprachenunterrichts investiert. Kritisiert wurde – auch von Seite der Grüne/EVP-Fraktion – in der vorliegenden Initiative das Lehrmittelverbot. In der Task Force wurde mehrfach darüber diskutiert. Es ist ein guter Kompromiss in Sicht. Die Anhörung wird am 10. Dezember 2018 unter der Leitung der Regierungspräsidentin Monica Gschwind stattfinden. Die Petition wird zur Kenntnis genommen und es wird keine Forderung nach einem Postulat geben. Die Kommissionsdebatte hat vor 2 Monaten stattgefunden. Damals war der Kompromiss der Task Force noch nicht so klar ersichtlich. Aus heutiger Sicht macht ein Postulat keinen Sinn. Viel wichtiger ist es, dass aus der Anhörung am 10. Dezember eine gute Lösung hervorgeht. Die Votantin ruft die Fraktionen auf, an der Anhörung teilzunehmen und eine Vertretung aller Parteien zu gewährleisten. Sie dankt den Primarlehrpersonen für ihr En-

gagement. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Sie versuchen, aus den zwei Lehrmitteln im Fremdsprachenunterricht das Beste herauszuholen und diesen anzupassen. Man ist auf gutem Wege.

Für **Pascal Ryf** (CVP) gibt es kaum einen Bereich der Gesellschaft, wo so viel drein geredet wird wie bei den Schulen. Alle gingen mal zur Schule. Mittlerweile sehr problematisch ist, wenn sogar Schülerinnen und Schüler der Lehrperson sagen, welches Lehrmittel gut resp. ungenügend sei und weshalb sie nicht lernen könnten. Der Druck von Seiten Eltern, aber auch der mediale Druck haben stark zugenommen. Es ist absolut verständlich, dass die PLK sich mit einer Petition wehrt und moniert, dass nur diejenigen gehört werden, die am lautesten schreien. Jedoch gibt es von Seiten der Primarlehrpersonen auch andere Haltungen zu den entsprechenden Lehrmitteln. Die CVP/BDP-Fraktion hat deshalb Verständnis und eine gewisse Sympathie für das Anliegen der Petentinnen und Petenten, auch wenn sie den Inhalt nicht teilen kann. Sie wäre gegen eine Überweisung der Petition als Postulat gewesen. Die Petition wird zur Kenntnis genommen. Es braucht mehr Ruhe in den Primarschulen. Der Landrat muss sich hier ebenfalls an der Nase nehmen. Es darf nicht zu viel in bildungspolitische Themen dreingeredet werden. Mühe bekundet die Fraktion mit gewissen Forderungen der Petition. U.a. dem sechsten Punkt, dass Meinungen von Lehrpersonen nur noch dann einfließen dürfen, wenn vorher Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerschaft angehört werden – so funktioniert eine Demokratie nicht. Jede/jeder hat das Recht, sich einzubringen. Nicht jeder Verband muss bei jedem Geschäft zwecks Meinungsbildung im Landrat angehört werden. Mit dem Wunsch nach noch mehr Ruhe nimmt die CVP/BDP-Fraktion die Petition zur Kenntnis. Die Task Force Fremdsprachen macht einen guten Job. Es hat sich sehr bewährt, dass Regierungspräsidentin Monica Gschwind diese ins Leben gerufen hat. Der Votant schätzt die Mitarbeit sehr. Es wird eine gute Lösung geben und der grösste Teil der Forderungen damit abgedeckt werden.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, dass die Lehrmittel, wie von der PLK formuliert, nicht verboten werden sollen. Es ist wichtig, dass die Haltung der PLK eingebracht und im Landrat zur Kenntnis gebracht worden ist. In der Zwischenzeit wurde in der Landratsvorlage formuliert, wie die Initiative «Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» umgesetzt werden soll. Es soll kein Lehrmittelverbot, sondern eine Lehrmittelfreiheit geben. Der Regierungsrat nimmt das Anliegen der Petitionäre auf. Dies soll in Zukunft für alle Fächer gelten, nicht nur für die Fremdsprachen. Das oberste Ziel der Bildungsdirektorin ist es – wie sie dies seit Beginn ihrer Amtszeit immer wieder betonte –, dass Ruhe in die Schulen einkehrt. Dies gilt nicht nur für die Primarschulen, sondern für alle Stufen. Es ist wichtig, über solche Themen zu diskutieren. Die Basis, die Lehrerinnen und Lehrer, müssen sich melden können. Trotzdem sorgen solche Initiativen und harte Diskussionen immer wieder für Verunsicherung. Einerseits bei den Eltern, andererseits demotiviert es aber auch die Schülerinnen und Schüler. Das darf nicht sein. Deshalb ist es der Bildungsdirektorin ein grosses Anliegen, schnell eine Lösung zu finden. Die konferenzuelle Anhörung wird stattfinden. Die Methodenfreiheit der Lehrpersonen muss gestärkt werden, indem die Lehrmittelfreiheit im Bildungsgesetz verankert wird. Die Lehrerinnen und Lehrer sind Profis und wissen am besten, wie Schülerinnen und Schüler lernen. Sie sollen dies entsprechend umsetzen können und in ihrer Methodenfreiheit gestärkt werden. Die Lehrpersonen sind schlussendlich ausschlaggebend für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern. Das allerwichtigste dabei ist, dass Schülerinnen und Schüler Fremdsprachen gut erlernen. Daran arbeitet die Regierungspräsidentin seit Monaten intensiv und hofft, dass der gefundene Kompromiss guten Anklang finden wird.

://: Mit 75:0 Stimmen wird die Petition zur Kenntnis genommen.
